

Der Stadtrat von Zürich an den Gemeinderat

29.11.2017

Rückzug der Weisung vom 8. März 2017 (GR Nr. 2017/49) betreffend Gesundheits- und Umweltdepartement, Eckwerte Spitälerstrategie der Stadt Zürich, Bericht

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat zieht die Weisung GR Nr. 2017/49 betreffend Gesundheits- und Umweltdepartement, Eckwerte Spitälerstrategie der Stadt Zürich, Bericht, zurück. Dies aus folgenden Gründen:

Der Stadtrat unterbreitete Ihnen am 8. März 2017 die Weisung «Gesundheits- und Umweltdepartement, Eckwerte Spitälerstrategie der Stadt Zürich, Bericht» (GR Nr. 2017/49) und beantragte Ihnen, davon zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Mit der Vorlage der Weisung GR Nr. 2017/49 beabsichtigte der Stadtrat die Grundsätze zu bereinigen, um auf diesem Fundament rasch zu konsensfähigen Entscheiden zu gelangen. In der Zwischenzeit hat die gemeinderätliche Kommission jedoch einstimmig entschieden, dem Gemeinderat die Rückweisung der Vorlage zu beantragen. Das Signal ist klar, für die Zukunft der beiden Spitäler will man nicht Grundsätze diskutieren, sondern es sind rasch konkrete Anträge gefordert. Vor diesem Hintergrund zieht der Stadtrat die Vorlage zurück und leitet, ausgehend von seinen formulierten Eckwerten, unverzüglich die nächsten Schritte in die Wege.

Die Steuerung des Programms «Stadtspital Zürich 2020» unter Führung der Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements wird durch einen stadträtlichen Ausschuss unterstützt, dem Stadtpräsidentin Corine Mauch, Stadtrat Filippo Leutenegger, Stadtrat Raphael Golta und Stadtrat Andres Türler angehören.

Weiter hat sich der Stadtrat auch mit der Frage der künftigen Rechtsform des Stadtspitals befasst und die Entwicklungen auf kantonaler Ebene gewürdigt. Die Stimmberechtigten haben – auch in der Stadt Zürich – im Mai die Umwandlung des Kantonsspitals Winterthur (KSW) und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (IPW) in Aktiengesellschaften abgelehnt. In der Folge hat der Regierungsrat dem Kantonsrat eine Gesetzesvorlage unterbreitet, um KSW und IPW als öffentlich-rechtliche Anstalten zu führen, sie mit Kapital auszustatten und ihnen die Immobilien im Baurecht zu übertragen. Der Stadtrat hat entschieden, sich an dieser Vorlage für ein gemeinsames Dach der Stadtspitäler Waid und Triemli zu orientieren. Dieses Modell behält die Stadtspitäler im öffentlichen Eigentum, bringt aber mehr Flexibilität und Agilität, um künftige Kooperationen mit anderen Spitälern zu vereinfachen und das Reaktionstempo auf regulatorische Entwicklungen, Veränderungen im Umfeld und den medizinischen Fortschritt erhöhen zu können.

Die notwendigen Entscheidungsgrundlagen für die strategischen Schritte von Eignerstrategie über Rechtsform bis zu Kapitalisierung, Kooperationskonzept und Unternehmensstrategie sollen bis Ende 2018 erarbeitet sein und als Anträge an den Gemeinderat konkretisiert werden, so dass 2019 die politischen Entscheide getroffen und 2020 umgesetzt werden können. Ziel ist eine qualitativ hochstehende und effiziente Spitalversorgung für alle städtischen Bevölkerungsgruppen.

Im Namen des Stadtrats
die Stadtpräsidentin

Corine Mauch

der stellvertretende Stadtschreiber

Michael Lamatsch